Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2664/18

Titel

Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 19.12.18 zum TOP 6.3 (DS 2642/18 - Hilfsmaßnahmen zur Obdachlosigkeit) - Umsetzung des Beschlusses

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, derzeit nicht genutzte zentrumsnahe Wohncontainer in der kalten Jahreszeit für die Nutzung wohnungsloser Menschen, die im Freien übernachten, zugänglich zu machen.

Hierbei wäre ein 24 Stunden Aufenthalt mit sozialpädagogischer Betreuung in Erwägung zu ziehen, bzw. ein zumindest für die Nacht garantierter Mindestaufenthalt.

Das Amt für Soziales und Gesundheit nimmt zum vorstehenden Punkt 1 der o.g. Drucksache wie folgt Stellung:

Das Amt für Soziales und Gesundheit hält aktuell 7 im Stadtgebiet verteilte Unterbringungsmöglichkeiten vor. Dabei werden in 4 Objekten insgesamt 170 Plätze zur Unterbringung angeboten. In den restlichen 3 Objekten stehen insgesamt 26 Wohneinheiten für weitere 104 Personen zur Unterbringung bereit. In allen Objekten ist grundsätzlich eine sozialarbeiterische Betreuung gegeben. Weiterhin werden zudem 25 öffentlich-rechtlich angemietete Wohnungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen genutzt. Mit Stand 07.01.2019 können in den beschriebenen Unterbringungsmöglichkeiten 93 Personen untergebracht werden.

Bei den in der Drucksache angesprochenen Wohncontainern handelt es sich um aktuell nicht genutzte Unterkünfte zur Unterbringung von Flüchtlingen. Diese Unterkünfte wurden seitens des Freistaates Thüringen mit einer Investitionspauschale nach der Thüringer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung gefördert. Aufgrund dieser Förderung ist für diese Unterkünfte eine Zweckbindung von 5 Jahren an die Flüchtlingsunterbringung gegeben. Die Zweckbindung läuft im Jahr 2021 aus. Bis dahin sind diese Unterkünfte verpflichtend vorzuhalten. Nach aktuellem Stand ist im dem aufgezeigten Zeitraum auch von einer Inbetriebnahme und Unterbringung von Flüchtlingen auszugehen.

Die Nutzung der Wohncontainer zur Unterbringung wohnungsloser Personen ist deshalb nicht möglich. Zudem stehen wie aufgezeigt Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, wohnungslose Menschen, welche im Freien in Zelten übernachten, nicht vor 9.30 Uhr, anstatt bisher bis 7 Uhr, des Platzes zu verweisen.

Die Regelungen des § 8 der Stadtordnung hinsichtlich des störenden Verhaltens auf Straßen und in Anlagen ist dem übertragenen Wirkungskreis zuzuordnen. Insoweit haben der Stadtrat und seine Ausschüsse hierüber keine Befassungskompetenz inne.

Vor diesem Hintergrund ergeht nachfolgende Information:

Gemäß § 8 lit. d der Stadtordnung ist auf Straßen und in Anlagen das Zelten und Nächtigen verboten. Dies schließt gleichermaßen das alkoholbedingte Schlafen auf Bänken und Stühlen mit ein. Die normative Regelung in der Stadtordnung ist absolut gehalten, wodurch der Ordnungsbehörde hier kein Ermessen zusteht. Hierzu bedürfte es zunächst einer Änderung der Stadtordnung.

Der Ordnungsbehörde sind allerdings aus den letzten Jahren keine Fälle bekannt, wo Personen "regelmäßig an ihren Übernachtungsplätzen gegen 7 Uhr von Mitarbeiter*innen des Ordnungsamts geweckt und des Platzes verwiesen werden".

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass v. a. bei kalten Temperaturen die Notwendigkeit besteht, die Betroffenen aus Gefahrenschutzgründen zu wecken, um so Erfrierungen zu verhindern.

Anlagen

i.A. Lutz Gruber
Unterschrift Beigeordneter

21.01.2019
Datum